

Blexer Kavernen helfen beim Klimaschutz

ENERGIEWENDE – Ministerpräsident Weil informiert sich über mögliche Wasserstoff-Speicherung



USG-GESCHÄFTSFÜHRER VIKTOR EBERHARDT ERLÄUTERTE MINISTERPRÄSIDENT STEPHAN WEIL AN EINEM MODELL DEN AUFBAU EINER KAVERNE. MIT DABEI WAREN FRANK AHLHORN, KARIN LOGEMANN, SUSANNE MITTAG UND NILS SIEMEN (HINTEN, VON LINKS). BILD:

Norbert Hartfil

BLEXEN. (fil) Die deutsche Industrie steckt in der Zwickmühle. Für viele Unternehmen sind der Klimaschutz und die geforderte Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes eine Frage der wirtschaftlichen Existenz, da sie sich auf dem Weltmarkt behaupten müssen. Das funktioniert nur mit konkurrenzfähigen Preisen. „Meine Sorge ist, dass unsere Industrie im internationalen Wettbewerb ein Problem bekommt“, sagte der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil am Sonnabend bei einem Ortstermin in Blexen. Der SPD-Politiker hatte der Untertage-Speicher-Gesellschaft (USG) einen Besuch abgestattet, weil deren Kavernengelände eine wichtige Rolle bei der Energiewende spielen könnte. Es gibt Überlegungen, dort im großen Stil unterirdische Speicherkapazitäten für Wasserstoff zu schaffen. Das wiederum ist auch für die Industriebetriebe in Nordenham und in der gesamten Wesermarsch ein spannendes Thema.

Ministerpräsident Stephan Weil hat schon mehrfach betont, dass er die Umstellung auf grünen Wasserstoff für einen entscheidenden Faktor der künftigen Industriepolitik hält. „Grün“ bedeutet, dass der Wasserstoff mit regenerativen Energien wie Wind oder Sonne erzeugt wird. Da liegt auch die Herausforderung: Die emissionsfreie Wasserstoff-Herstellung erfolgt über ein Elektrolyseverfahren, das viel Strom benötigt. Vor diesem Hintergrund steht für Stephan Weil fest: „Wir brauchen unfassbare Mengen Strom aus erneuerbaren Energien.“

Gute Bedingungen

Der Ministerpräsident hat bei dem Termin in Blexen die Überzeugung gewonnen, dass die Wesermarsch „sehr gute Bedingungen“ für eine zukunftsträchtige Wasserstoffwirtschaft biete. Gleich in mehrfacher Hinsicht habe die Wesermarsch einen Vorsprung gegenüber anderen Regionen. Dazu zählten die Industriebetriebe vor Ort als Wasserstoffverbraucher, das leistungsfähige Stromleitungsnetz mit Anschlussstellen auf dem Gelände des stillgelegten Kernkraftwerks Unterweser in Kleinensiel und eben die Speichermöglichkeiten in den Blexer Kavernen.

USG-Geschäftsführer Viktor Eberhardt betonte bei dem Treffen, dass eine Umrüstung der Speicher, die bislang der Bevorratung von Rohöl und Superbenzin dienen, durchaus machbar sei. Das Gelände eigne sich auch für die Errichtung zusätzlicher Kavernen. Für den Bau von zwei neuen Kavernen habe sein Unternehmen bereits die notwendigen Genehmigungen eingeholt. Allerdings seien solche Neubauprojekte mit erheblichen Investitionen verbunden. „Eine neue Kaverne kostet etwa acht Millionen Euro“, sagte Viktor Eberhardt.

Den Besuch des Ministerpräsidenten in Blexen hatte die SPD-Landtagsabgeordnete Karin Logemann aus Berne vermittelt. Mit dabei waren die Bundestagsabgeordnete Susanne Mittag sowie der Landratskandidat Dr. Frank Ahlhorn und der Nordenhamer Bürgermeisteranwärter Nils Siemen. Sie nutzten die Gelegenheit, die Wesermarsch als Wasserstoffregion zu positionieren.

Großes Interesse

Nils Siemen, der als Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Wesermarsch auch beruflich mit dem Thema vertraut ist, hob hervor, dass die Versorgungssicherheit ein wichtiger Baustein der Wasserstoffwirtschaft sei. Dafür könnten die Blexer Kavernen wertvolle Dienste leisten. Laut Frank Ahlhorn besteht in der Industrie ein großes Interesse an einer Umstellung auf Wasserstoff. Das habe sich in Gesprächen mit Vertretern verschiedener Betriebe gezeigt.

Möglicher Standort

Ähnlich äußerte sich Nils Siemen, der darauf verwies, dass auch die technischen Voraussetzungen gegeben seien. Nun gelte es zu klären, wo der Wasserstoff erzeugt werden soll. Als möglicher Standort für einen Elektrolyseur – zusätzlich zur Speicherung – komme unter anderem das Kavernengelände der USG in Betracht. Diese Anlage könnte eventuell über ein gemeinsames Projekt der Nordenhamer Industrieunternehmen betrieben werden. „Ganz wichtig bei allen Überlegungen ist, dass die Bürger eingebunden werden und es frühzeitig einen Dialog mit ihnen gibt“, betonte Frank Ahlhorn.
